

Neue Kommission soll Ostufer-Frage klären

Bürgermeister, Vorstand und Fraktionsmitglieder in Meinhard sollen Vorentscheidung treffen



Viele Interessenten, keine Entscheidung: Eine Kommission zum Ostufer soll den Prozess beschleunigen. Foto: privat/ nh

Meinhard – Der Schaffung von zwei neuen Kommissionen – eine für die Entwicklung des Werratalsee-Ostufers bei Schwebda sowie eine für die Konsolidierung des Haushaltes – hat die Gemeindevertretung Meinhard am Donnerstagabend auf ihrer Sitzung auf Vorschlag des Gemeindevorstandes zugestimmt.

Für eine touristische Nutzung des Ostufers bewerben sich inzwischen vier potenzielle Investoren (WR berichtete). „Damit die Investoren möglichst eine zügige Antwort bekommen, hat sich der Vorstand entschlossen, eine Kommission zu diesem Thema einzuberufen. Erklärtes Ziel sei, dass die Investorenfrage nach der Sommerpause im Parlament entschieden werden soll. Der Kommission gehören neben dem Bürgermeister Friederike Gruß (ÜWG) vom Gemeindevorstand sowie Michael Pack (SPD), Rolf Eyrich (ÜWG), Karl-Christoph Jost (FDP) und Bernhard Mensing (CDU) an.

Die Kommission zur Haushaltskonsolidierung ist bis auf eine Person identisch besetzt – hier wird die SPD von Gerhard Pippert vertreten.

Die Kommissionen tagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die beiden bereits bestehenden Gremien für Kindergarten und Feuerwehr ruhen derzeit.

Neben der Schaffung neuer Entscheidungsgremien will die Gemeinde auch innerhalb der kommenden beiden Jahre 16 der insgesamt 29 Bushaltestellen im Gemeindegebiet barrierefrei umbauen. Laut Bürgermeister Brill werden die Planungskosten in Höhe von 30 000 Euro zur Hälfte vom Land übernommen. Die Kosten für den eigentlichen Umbau von 25 000 Euro pro Haltestelle trägt das Land zu 85 Prozent.

Bei dem Umbau sollen die Einstiegsflächen zu den Bussen erhöht werden, die Schutzhäuser sollen einheitlich gestaltet werden und Beleuchtung erhalten, die Grundfläche so erweitert werden, dass niemand behindert werde. „Ziel ist es, dass bewegungsbehinderten Menschen Zugang zum ÖPNV ohne Hilfe ermöglicht wird“, sagte Brill. Der Antrag wurde in den Bauausschuss zur Beratung überwiesen. salz